

Die Oesterreichisch-ungarische Bank im Kriege.

W. Wien, 19. Dezember. (Priv.-Tel.)

Der Generalrat der Bank hat, wie schon kurz gemeldet, die heutige außerordentliche Generalversammlung — die erste Aktionärszusammenkunft im Kriege — deren einziger Gegenstand die provisorische Erneuerung des Bankprivilegiums bis Ende 1919 war, dazu benutzt, um über die kriegswirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung der Bank zu berichten. Zum Teil hat man in diesen Darlegungen auch eine Abwehr gegen mannigfache Kritik, die die Bankleitung insbesondere wegen ihres Verhaltens in den ersten Kriegswochen erfahren hat, zu erblicken. Ueber die Ansprüche in den beiden ersten kritischen Wochen nach Einstellung der Bankausweise — der letzte wurde auf den 23. Juli 1914 veröffentlicht — berichtet die Bankleitung, daß infolge der allgemeinen Beunruhigung, der ungeheuren Erfordernisse der Heeresverwaltung usw. das Leihgeschäft in der letzten Juli- und ersten August-Woche um K 1671 auf 2625 Mill. zunahm. Der Vorrat an Banknoten war am 23. Juli 1914 K 1845 Mill., an Silber und Teilmünzen K 291 Mill., außerdem waren Halbfabrikate für über K 1 Milliarde Noten vorhanden. In den ersten Tagen zeigte sich an einzelnen Bankplätzen Mangel an Noten, insbesondere an kleinen Noten, wie in allen kriegsführenden Staaten. Nach Erlaß des allgemeinen Zahlungsmoratoriums kam diese Bewegung zum Stillstand. Vom 27. Juli bis 15. August 1914 wurden von der Druckerei K 1.1 Milliarden Banknoten aller Kategorien an die Kassen abgefertigt, sodaß der Mangel in wenigen Tagen behoben war. Die Bankleitung erwähnt sodann ihre Mitwirkung bei der Errichtung der staatlichen Darlehenskassen — sie wurden wenig in Anspruch genommen, der Höchststand der Darlehen betrug in Oesterreich K 128.5, in Ungarn 21.2 Mill. — und an anderen Kriegskredit-Instituten und bespricht ihre Beziehungen zu den staatlichen Finanzverwaltungen.

Schon während des Balkankrieges 1912 waren zwischen den Finanzverwaltungen und der Bankleitung Abmachungen getroffen worden, welche die Inanspruchnahme des Bankkredits im Falle einer allgemeinen Mobilisierung vorsahen. Als oberstes Prinzip galt der Gedanke, „daß die Bedeckung der Kosten einer solchen Mobilisierung durch Bankkredit nur als äußerstes Auskunftsmittel und daher nur dann zur Anwendung zu kommen habe, wenn jede sonstige normale Art der staatlichen Kreditbeschaffung ohne Rücksicht auf die mit einer solchen verbundenen finanziellen Lasten nicht angewendet werden könne.“ Die erste Inanspruchnahme geschah durch die Begebung von 2½-jährigen Schatzscheinen von K 950 Mill., an ein Bankenkonsortium, das diese bei der Notenbank lombardierte, die am 1. August 1917 abgelaufenen Schatzscheine wurden bis 1. August 1919 verlängert. Die erste unmittelbare Inanspruchnahme der Bank erfolgte auf Grund des Uebereinkommens vom 14. August 1914 mit insgesamt K 2 Milliarden von auf Gold laufenden 5proz. Schatzscheinen von K 2½ Milliarden. Am 7. Oktober 1914 wurde ein weiteres Darlehen von K 2 Milliarden gegen Solawechsel und am 12. April 1915 von K 800 Mill. den Finanzverwaltungen erteilt. Bei der Begebung von Kriegsanleihen hat die Bank als Zeichnerstelle und durch Lombardbegünstigungen mitgewirkt. Für eigene Rechnung hat sie je K 20 Mill. österreichische und ungarische Kriegsanleihe übernommen. Mitte 1915 erschien eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die weitere Gestaltung des Schuldverhältnisses zur Bank notwendig. Sie spitze sich zur Frage zu, ob die Bank sich daran mit-schuldig machen dürfe, daß im Falle der Ablehnung weiterer Ansprüche eine Untergrabung unseres Geldwesens durch Ausgabe von Staatspapiergeld eintrete. Infolgedessen hat die Bankleitung die gewünschte grundsätzliche Zusage erteilt, unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß an die Bankmittel nur dann gegriffen werden solle, wenn ein anderer Weg absolut nicht gangbar wäre, und unter der Bedingung, daß die bei den größeren Organisationen der Geldwirtschaft zusammenfließenden Ueberschüsse an Umlaufmitteln den Staatsverwaltungen zur Verfügung gestellt würden. Die Bank hat sodann eine Reihe von Darlehen gegen Schuldverschreibungen erteilt, deren endgültige Regelung spätestens sechs Monate nach Friedensschluß vorzunehmen ist. Diese Darlehen summieren sich am 7. Dezember d. J. auf K 13.2 Milliarden, wovon auf Oesterreich 9, auf Ungarn 4.2 Milliarden entfallen. Die ersten K 6.8 Milliarden waren mit 1 pCt. zu verzinsen; als diese Grenze überschritten wurde, hat die Bankleitung aus eigener Initiative für die diesen Betrag überschreitenden Summen den Zinsfuß auf ½ pCt. herabgesetzt. Auch hat die Bankleitung bei der Höhe der Bruttoerträge nicht gezweifelt, daß ein Teil der Erträge öffentlichen Mitteln zuzuführen wäre und daher ihren Abschlagszahlungen an die Aktionäre sich die geziemende Beschränkung auferlegt. Da aber die fortlaufende Steigerung der Umlaufmittel ihr Leihgeschäft ganz lahmlegen konnte, hat der Generalrat darauf gedrungen, daß, solange das Schuldverhältnis dauere, den Aktionären eine Dividende von mindestens K. 105 gleich 7½ pCt. (die geringste der laufenden Privilegiumsperiode) gesichert werde, indem, wenn eine solche Dividende nicht verdient ist, der Zinssatz der Staatsdarlehen entsprechend erhöht wird, jedoch auch in diesem Fall 4 pCt. nicht übersteigen wird. Die zweite Bedingung, die Ablösung des Aktionärvermögens in Gold für den Fall der Ausübung der den Regierungen zustehenden Option bei Ablauf des Privilegiums ist bereits bekannt.

Der Metallschatz der Banken enthielt im Juli 1914 K 205.7 Mill. Silberkurant und K 85.7 Mill. Silbermünzen, doch reichte er trotz fortgesetzter Neuprägung des Staates nicht aus. Daher mußten Banknoten zu K 2 und Ende 1916 auch zu K 1 ausgegeben werden. An Gold und Goldwerten hatte die Bank Ende Juli 1914 effektives Gold K 1094.9 Mill., in den Metallschatz einrechenbare Auslandswechsel K 54.9 Mill., sonstige ausländische Wechsel, Guthaben und Noten K 120.1 Mill., daher zus. K 1269.9 Mill. In der zweiten Juli-hälfte 1914 allein war die Bank mit K 86.94 Mill. ausländischen Zahlungsmitteln in Anspruch genommen worden. Sie hat daher im August beschloßen nur noch für den Bedarf des Heeres und der Marine, für den Golddienst der beiden Staaten und für Ernährungszwecke und für den Schulden- und Kupondienst öffentlicher Körperschaften und Institute (unter bestimmten Vorbehalten) ausländische Zahlungsmittel abzugeben. Der Bericht schildert dann die fortgesetzte Inanspruchnahme von Gold zu Auslandszahlungen, die Steigerung der Devisenkurse, die Maßnahmen zur Regelung des ausländischen Zahlungsverkehrs, die Errichtung der Devisenzentralen, die schließlich bewirkte, daß 1917 im Bestand an effektivem Gold nur noch ganz unwesentliche Veränderungen eintraten und die verfügbaren Bestände der Notenbank an ausländischen Zahlungsmitteln eine erhebliche Verstärkung erfuhren. Am 7. Dezember d. J. betrug der Goldschatz K 284.2 Mill., an Golddevisen des Metallschatzes K 60 Mill., an Forderungen auf Rücklieferung in effektivem Gold K 78.2 Mill. und an Devisen und Guthaben im Ausland K 677.7 Mill. (diese dürften zum Teil aus den deutschen und anderen Vorschußgeschäften der Regierungen stammen, zum Teil sind sie auch angesammelte Ausfuhrvaluta, deren Höhe es der Bankleitung seit etwa zwei Monaten ermöglicht, jeden anerkannten Devisenanspruch glatt zu befriedigen. Anm. d. Korr.). Insgesamt hat die Bank daher derzeit K 1080.1 Mill. Gold und Goldwert nach der Münzparität umgerechnet zu ihrer Verfügung. Der Banknotenumlauf hat sich parallel mit den staatlichen Darlehen entwickelt und nahm leider in den letzten vier Monaten einen sprunghaften Charakter an. Er betrug Ende Juli 1914 etwas über K 8 Milliarden, Ende 1914 5.1, Ende 1915 7.1, Ende 1916 10.8 Milliarden und am 7. Dezember d. J. 17.7 Milliarden. Dazu kommen die Giroverbindlichkeiten, die im Frieden höchstens K 800 Mill., im Krieg aber seit langem nie unter 1 Milliarde betragen. Als bei Kriegsbeginn das allgemeine Moratorium verhängt wurde, hat die Bank ein Wechselportefeuille von

K 1038 Mill. gehabt, zur Zeit hat sie nur noch K 23.8 Mill. Moratoriumswechsel, zum weitaus überwiegenden Teil auf den lange Zeit der feindlichen Invasion ausgesetzten Gebieten Galizien und der Bukowina. Der Bankstatus per 7. Dezember stellt sich im Vergleich zu der vom 23. Juli 1914 wie folgt

| | 23. Juli 1914 | 7. Dez. 1917 |
|---|---------------|--------------|
| Aktiva | | |
| Metallschatz | 1287 879 | 284 190 |
| Goldmünzen und Gold in Barren..... | 60 000 | 60 000 |
| Goldwechsel und ausländische Noten..... | 291 368 | 54 942 |
| Silberkurant- und Teilmünzen | 1589 247 | 879 132 |
| Kassenschatz | — | 106 031 |
| Discontierte Wechsel, Warrants u. Effekten | 787 830 | 2 823 38 |
| Darlehen gegen Handpfand..... | 196 526 | 3 431 910 |
| Darlehensschuld der österr. Staatsverwaltung, | — | 2 040 000 |
| Darlehensschuld der ungar. Staatsverwaltung, | — | 4 158 000 |
| Alte österr. Staatsschuld | 60 000 | 60 000 |
| Wertpapiere | 17 618 | 59 739 |
| Hypothekendarlehen | 299 994 | 232 325 |
| Anderer Aktiva (darunter ausländ. Zahlungsmittel u. Forderungen an effektiv. Gold K 755 877 000) | 115 299 | 881 902 |
| Passiva | | |
| Aktienkapital | 310 000 | 310 000 |
| Beservefonds | 32 160 | 40 923 |
| Banknotenumlauf | 2 139 759 | 17 740 158 |
| Giroguthaben u. sonst. tägl. fällige Verbindl. | 291 270 | 2 082 817 |
| Pfandbriefe in Umlauf | 261 288 | 276 221 |
| Sonstige Passiva (darunter Verbindlichkeiten in ausländ. Zahlungsmitteln K 159 002 000, die rückgestellten Erträge des Jahres 1914, 1915 und 1916, die unverzinsten Erträge des Jahres 1917 und die Währungsreserve im Gesamtbetrage von K 452 239 000) | 82 050 | 871 858 |